

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928**

23.8.1928 (No. 196)

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14. Preis: Nr. 253 und 954. Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3515

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: J. B. C. Seyfried Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.25 RM, einsch. Postgebühren. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Zehntel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigen, die in der Zeitung nicht veröffentlicht werden können, wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenschriften, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

### Die Interparlamentarische Union in Berlin

#### Beginn der Konferenz

W.B. Berlin, 23. Aug. (Tel.) Heute vormittag wurde im Plenarsitzungsaal des Reichstags die erste Volltagung der Interparlamentarischen Konferenz eröffnet. Als Vertreter der Reichsregierung waren mit dem Reichskanzler Müller die Reichsminister Dr. Stresemann, von Guérard, Koch-Weser und Dietrich erschienen.

An Stelle des erkrankten Vorsitzenden, des Barons Adelswärd, eröffnete der stellvertretende Vorsitzende, Pravec (Tschchoslowakei), die Konferenz. Er teilte mit, daß der Rat der Union vorschlägt, den Präsidenten der deutschen Gruppe, den Abgeordneten Schüding, zum Vorsitzenden des Kongresses zu wählen. Die Versammlung stimmte diesem Vorschlag mit lebhaftem Beifall zu.

Hierauf ergriff der Abg. Schüding das Wort zu einer Begrüßungsansprache. Er führte aus: Die Interparlamentarische Union ist heute in aller Welt die vornehmste Repräsentantin einer neuen politischen Ideenwelt. Groß sind die Leistungen, die sie zu ihrer Verwirklichung in der Vergangenheit gemacht hat, größer noch sind ihre Aufgaben für die Zukunft. Der Kellogg-Pakt, der in diesen Tagen in Paris unterzeichnet werden soll, spiegelt nur eine Resolution wieder, die wir schon auf der Plenarkonferenz des Jahres 1925 in Bern gefaßt haben. Aber Größeres und Schwierigeres ist noch zu tun. Wir müssen auch sozusagen die soziologischen Ursachen der Kriege bekämpfen, indem wir dem natürlichen Recht aller Völker in allen Beziehungen auf der ganzen Erde in einem rechtlich geordneten Verfahren zum friedlichen Durchbruch verhelfen und Mittel und Wege finden, das Ideal der Gerechtigkeit zu verwirklichen. Möchte auch die gegenwärtige Tagung, die so wichtige Dinge umfaßt, von dem Geiste des Fortschritts getragen sein, der der Atem Gottes in der Weltgeschichte ist.

#### Eine Rede des Reichskanzlers

Im Anschluß an die Begrüßung durch Dr. Schüding führte Reichskanzler Hermann Müller aus: Der erste Willkommensgruß, den ich an Sie richte, ist der des Oberhauptes des Deutschen Reiches, unseres Reichspräsidenten Herrn von Hindenburg. Er bedauert, nicht in Berlin anwesend zu sein, um Ihnen selbst Worte der Begrüßung auszusprechen. Dem Gruß des deutschen Reichspräsidenten reiht sich an der Ausdruck der Freude, der deutschen Reichsregierung, die Sie in der Reichshauptstadt und an der Spitze des deutschen Parlaments ebenfalls herzlich willkommen heißt. Als internationale Einrichtung blüht die Inter. Union auf 30 Jahre zurück. In dieser Zeitperiode lag die Katastrophe des Weltkrieges, dessen psychologische Nachwirkungen noch Jahre hindurch die Aufnahme freundschaftlicher und vertrauensvoller Beziehungen unter den Nationen erschweren. Diejenigen, die in den ersten Jahren nach der Beendigung des Weltkrieges auf den Tagungen der interparlamentarischen Union waren, werden sich mit Genugtuung daran erinnern, daß auf ihren Tagungen zuerst die Bande wieder angeknüpft wurden, die nie mehr zerreißen dürfen, wenn Europa nicht doch noch zu einem Trümmerhaufen werden soll. Die Abgründe, die zwischen einzelnen Völkern sich aufgetan, beginnen sich mehr und mehr zu schließen. Die Barrieren zwischen den einzelnen Staaten sind gefallen, und von Hüben und Drüben reizen sich Menschen, die guten Willens sind, die Hände zur gemeinsamen Arbeit. Kein Volk, so groß und stark es sich fühlen mag, kann auf die Dauer für sich allein bestehen.

In dieser Arbeit für den gemeinsamen Fortschritt der Völker ist die Interparlamentarische Union ein besonders wirksames Instrument. Aus einer Organisation, die in erster Linie für den Schiedsgerichtsgedanken und damit für die Beseitigung bewaffneter Konflikte eintretet, hat diese Organisation sich zu einem Hilfsparlament entwickelt, das in voller Freiheit und in geistiger Unabhängigkeit im Sinne der allen Völkern gemeinsamen Interessen an die Lösung der großen Probleme herangeht, welche unsere Zeit bewegen. Die Stimmen aller Nationen, die in diesem großen Parlament vertreten sind, klingen aus in den einen Wunsch, das Reich des Friedens auf Erden zu sichern. Schwierigkeiten und Kämpfe zwischen den Völkern wird es immer geben. Diese Kämpfe aber auszutragen auf dem Boden des geistigen Kampfes ist das Ziel Ihrer Arbeit. Wir sind uns alle darüber klar, daß dieses große Ziel noch in der Ferne liegt, und daß es noch vieler heftiger Anstrengungen bedarf, um endgültig in das gelobte Land des Friedens zu gelangen. Die deutsche Reichsregierung wünscht von Herzen, daß Ihre Arbeit dazu beitragen möge, die Menschheit unserem gemeinsamen großen Ziele näherzubringen, und daß die diesjährige Tagung in Berlin eine Quelle des Segens für die Menschheit sein möge!

Nach kurzen geschäftlichen Mitteilungen widmete der Vorsitzende Dr. Schüding, während sich die Versammelten von ihren Plätzen erhoben, den verstorbenen Mitgliedern der Union einen Nachruf. — Präsident Dr. Schüding eröffnete dann die allgemeine politische Aussprache auf der Grundlage des vom Generalsekretär schriftlich erstatteten Berichts. Als erster Redner ergriff der Vorsitzende der Kommission für Wirtschaft- und Finanzfragen, Dr. Kreuth (Holland), das Wort.

Dr. h. c. Christian Andersen. In Kiel ist der Ehrenvorsitzende der Industrie- und Handelskammer, Dr. h. c. Christian Andersen, einem Schlaganfall erlegen. Andersen war Mitglied des Landesparlamentes und des Haupt- und Verwaltungsausschusses des Deutschen Industrie- und Handelskammerkongresses.

### Letzte Nachrichten

#### Das Befinden Stresemanns

M. Berlin, 23. Aug. (Priv.-Tel.) Zu den Nachrichten, daß die Genfer Reise des Reichsaußenministers Dr. Stresemann wieder fraglich geworden sei, erfahren wir in gutunterrichteten Kreisen, daß Stresemann sich heute einer ärztlichen Untersuchung unterziehen wird. In der Umgebung Stresemanns verheißt man sich nämlich nicht, daß der Minister in Zukunft mit seiner Arbeitskraft mehr haushalten muß, als das bisher der Fall war. Man hat deshalb großen Wert darauf gelegt, daß Stresemann sich noch einmal gründlich untersuchen läßt, ehe er die Strapazen der internationalen Verhandlungen auf sich nimmt. Die Ruhe der letzten Erholungszeit ist ihm zwar augenscheinlich recht gut bekommen, doch hat man es für zweckmäßig erachtet, noch einmal gewissermaßen eine Generalprüfung seiner Gesundheit vorzunehmen.

Von dem Ergebnis dieser Untersuchung dürfte Dr. Stresemann es abhängig machen, ob er während der ganzen Tagung in Genf verbleibt oder ob er vorübergehend einen Kurort zur Erholung aufsucht und nur an den Erörterungen der wichtigsten Probleme selbst teilnimmt. Die Pariser Reise des Außenministers steht jedenfalls außer Zweifel. Für die Zeit, in der Stresemann von Genf abwesend sein würde, würde die deutsche Delegation wieder, wie bei der letzten Tagung, unter der Führung des Staatssekretärs von Schuberth stehen.

#### Der Fall Dauer

M. Berlin, 23. Aug. (Priv.-Tel.) Wie wir von unterrichteter Stelle erfahren, ist damit zu rechnen, daß der Postsekretär Dauer, der von den Franzosen im Zusammenhang mit den Zweibrücker Zwischenfällen verhaftet worden war, nun heute freigelassen werden wird.

#### Erweiterung der britischen Besatzungszone

W.B. London (Tel.) Eine Neumeldung aus Koblenz besagt, daß die britische Besatzungszone ausgedehnt werden wird, und daß in einigen Tagen die Franzosen den Engländern ein großes Stück Land um Erbenheim herum überweisen werden, was gegenwärtig ein Flugplatz im Bau ist. Die Grenze der britischen Besatzungszone werde in südwestlicher Richtung um ungefähr drei englische Meilen ausgedehnt werden.

#### Italienisches Auslieferungsverlangen an Frankreich

W.B. Paris, 23. Aug. (Tel.) Die italienische Regierung hat die Auslieferung des Antifaschisten Alfredo Angelotti gefordert, der angeblich an dem Mailänder Anschlag gegen Mussolini am 13. April d. J. beteiligt gewesen sein soll. Der Antrag wird zur Zeit von der Anklagebehörde geprüft. Angelotti selbst, der vor einiger Zeit auf französischem Boden verhaftet wurde, erklärt, unschuldig zu sein, und nimmt das Recht des politischen Flüchtlings in Anspruch, um sich der Auslieferung zu widersetzen.

#### Vorodin in Charbin verhaftet?

W.B. London, 23. Aug. (Tel.) „Daily Mail“ berichtet aus Tokio: Nach einer Meldung aus Charbin ist dort ein russischer Agitator verhaftet worden, der sich Levin nennt, bei dem es sich aber vermutlich um den bekannten Ratgeber der nationalistischen Regierung in China, Vorodin, handelt.

#### Amerika und das englisch-französische Flottenabkommen

Gegenüber den Londoner Meldungen über angebliche beruhigende Erklärungen, die die britische Regierung über das englisch-französische Marineabkommen abgegeben haben soll, wurde im Washingtoner Staatsdepartement festgestellt, daß die britische Regierung in den letzten Wochen keine weiteren Mitteilungen über dieses Thema an die amerikanische Botschaft in London oder das Staatsdepartement gerichtet habe. Nach Empfang der britischen Note, die ein Resümé über den Inhalt der englisch-französischen Verständigung enthält, habe die amerikanische Regierung in London Auskunft über gewisse unklare Punkte erbeten und erhalten. Seitdem habe kein weiterer Notenwechsel stattgefunden. Zu den Pariser Nachrichten über das Wiederaufleben der Entente cordiale wurde im Staatsdepartement erklärt, daß zwischen den beiden Ländern kein geheimer Pakt abgeschlossen worden sei, der mit den Satzungen des Völkerbunds unvereinbar wäre.

W.B. London, 23. Aug. (Tel.) Times meldet aus Tokio: Die japanische Regierung billigt im Prinzip die Bedingungen des englisch-französischen Marineabkommens. Die Presse drückt ihr Erstaunen über Meldungen aus, wonach die Vereinigten Staaten glauben, ihre Interessen seien durch das Abkommen gefährdet.

### Das kommunale Gesundheitswesen

Es ist noch nicht allzu lange her, daß die Stadtverwaltungen in Deutschland zur Pflege vorbeugender Gesundheitsfürsorge Fachleute, also Ärzte und praktische Sozialhygieniker, hauptsächlich angestellt haben. Das bedeutet natürlich nicht, daß in früheren Zeiten die Gesundheitspflege von den Kommunen durchaus und immer vernachlässigt worden sei. Aber vielfach war sie von anderen Zweigen kommunaler Tätigkeit nicht scharf abgegrenzt. In der Tat hieß es auch heute noch volkshygienische, jugendfürsorgliche und Maßnahmen der Wohlfahrtspflege vielfach ineinander. Die Gesundheitsämter und die Wohlfahrtsämter liegen daher nicht selten in einer Hand. So ist z. B. die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit zugleich Gegenstand der Jugendpflege wie der öffentlichen Gesundheitspflege. Auch die Tätigkeitsgebiete der kommunalen Organe der Gesundheitspflege und der staatlichen Kreisärzte sind nicht immer genügend voneinander abgegrenzt. Endlich darf man nicht außer acht lassen, daß eine erfolgreiche öffentliche Gesundheitspflege vielfach die Grenzen der einzelnen Gemeinden überschreitet und Aufgaben stellt, die nur von der Gesamtheit der Kommunen gemeinsam in vollkommener Weise gelöst werden können. Daher ist vor einigen Monaten eine Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände für das Gesundheitswesen gegründet worden, deren Aufgabe es sein soll, das gesamte Gesundheitswesen einheitlich zusammenzufassen. Nun zerfällt freilich die kommunale Gesundheitspflege von vornherein in zwei Teile, die, wenn sie auch natürlich vieles gemeinsam haben, dennoch nicht selten einen getrennten Aufbau erfordern. Der eine Teil stellt sich die vorbeugende, der andere die heilende Tätigkeit zur Aufgabe. Die Arbeitsgemeinschaft für das Gesundheitswesen hat demgemäß auch zwei besondere Organe, nämlich den Interkommunalen Ausschuss für das gesamte Gesundheitswesen und den Gutachter-Ausschuss für das öffentliche Krankenhauswesen.

Die Verwaltung der kommunalen Krankenhäuser stellt häufig genug ein besonders schwieriges Gebiet der gemeindlichen Tätigkeit dar. Die Kriegsjahre haben in den Krankenhäusern mancherlei schwere Schädigungen im Gefolge gehabt. Nach der schweren Kriegszeit mußte oft das gesamte Mobiliar, Geschirr, Wäsche, Instrumentarium vollkommen oder zum größten Teil erneuert werden. Die Disziplinlosigkeit unter dem Krankenhauspersonal hatte einen Umfang angenommen, durch den die Genesung der Kranken vielfach beeinträchtigt wurde. Der Gutachter-Ausschuss für das Krankenhauswesen hatte gerade auf diesem Gebiete durch Zusammenarbeit der leitenden Beamten der kommunalen Krankenhäuser wertvolle Arbeit geleistet. Die Arbeitszeit- und Lohnverhältnisse des Krankenhauspersonals wurden z. B. durch einen Reichsministerialbefehl einheitlich geregelt. Die Überfüllung der Krankenhäuser machte vielfach Neubauten notwendig, und die Gemeinden mußten in einer Zeit ungünstigster Finanzlage erhebliche Opfer bringen, um den vorhandenen Bedarf an Krankenzimmern befriedigen zu können. Auch auf allen diesen Gebieten hat der Gedankenaustausch in der Arbeitsgemeinschaft erheblichen Nutzen gebracht. Wo die Not dazu zwang, die Unterhaltungskosten der Krankenanstalten nach Möglichkeit herabzumindern, konnten die in der einen Gemeinde beschrittenen Wege, wenn sie sich als erfolgreich erwiesen, in den anderen Gemeinden nachgeahmt werden. Im Jahre 1929 soll in Paris ein Internationaler Krankenhauskongreß stattfinden, zu dem auch der Gutachter-Ausschuss für das deutsche öffentliche Krankenhauswesen Vertreter entsenden wird.

Mit den allgemeinen Fragen der vorbeugenden öffentlichen Gesundheitspflege befaßt sich vor allem der Interkommunale Ausschuss. Er hat den Grundsatz aufgestellt, daß die kommunale Gesundheitsfürsorge sich auf alle Schichten der Bevölkerung erstrecken muß, gleichgültig, ob sie bemittelt oder unbemittelt sind, ob sie auf Grund der Reichsversicherungsordnung krankensicher sind oder nicht. Ein nicht unwesentliches Kapitel in der kommunalen Gesundheitspflege bildet die Schulgesundheitspflege, die noch beträchtlich ausgedehnt werden kann und muß. Zu den allgemein hygienischen Fragen der öffentlichen Gesundheitspflege gehört aber auch die Beaufsichtigung und Kontrolle sowohl der Wasserversorgung wie der Abwärfbeseitigung. Manche Epphusepidemie hat ihre Ursache lediglich in Mängeln der kommunalen Wasserversorgung. Ein anderes, kaum weniger wichtiges Gebiet der öffentlichen Gesundheitspflege ist die Sorge für ausreichende öffentliche Wälder. In bezug auf die Anlage von Schwimmhallen und Schwimmbädern sind in den letzten Jahren erfreuliche Fortschritte gemacht worden. Endlich ist auch in dem gesamten Turn- und Sport-

Mit der Beilage: 59. Amtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags

wesen eine Mitwirkung des sozialen Hygienikers notwendig. Das gleiche für die Anlage, Unterhaltung und Kontrolle der öffentlichen Spiel- und Sportplätze, namentlich der Turnplätze für Kleinkinder, die nicht selten Verbreitungsorten aller möglichen ansteckenden Krankheiten sind. Auf allen diesen Gebieten greift die Tätigkeit des Kommunalarztes vielfach in die anderer gemeindlicher Verwaltungsabteilungen ein. Die öffentliche vorbeugende Gesundheitsfürsorge erfordert aber eine dauernde Beaufsichtigung dieser und anderer Teile der kommunalen Tätigkeit in bezug auf ihre gesundheitliche Sicherung und Auswirkung. Diese Aufsicht aber kann nur in der Hand des volkshygienisch ausgebildeten Kommunalarztes liegen. Ihm muß daher in jeder guten kommunalen Verwaltung ein wichtiger und einflussreicher Platz eingeräumt werden.

R. A.

### So der Tagung der Interparlamentarischen Union in Berlin

Empfang im Reichstag

Der Reigen, der mit der 25. Interparlamentarischen Konferenz in Verbindung stehenden Festlichkeiten wurde am Mittwochabend eröffnet mit einem Empfang, den die deutsche Gruppe der Interparlamentarischen Union den ausländischen Gästen in den festlich geschmückten Räumen des Reichstags bereite. Erschienen waren Reichstagspräsident Hermann Müller, die Reichsminister v. Guérard und Dietrich, denen später noch weitere Minister folgten. Weiter bemerkte man die Staatssekretäre Sauter und Zweigert, den Reichspressechef Dr. Jochim und als Vertreter der Stadt Berlin Oberbürgermeister Dr. Wöhl. Die Parteien des Reichstags, mit Ausnahme der Kommunisten und Nationalsozialisten, waren durch zahlreiche Abgeordnete vertreten. Fast vollständig waren die Mitglieder der ausländischen Gruppen erschienen, viele mit ihren Damen.

Reichstagspräsident Löbe begrüßte die Gäste mit folgender Ansprache: Es gereicht mir zur besonderen Freude und Ehre, Sie namens der Interparlamentarischen Union und als Hausherr in Deutschland, in Berlin und in diesem Hause herzlich zu begrüßen. Wir danken besonders den Delegierten der fremden Länder, daß sie unserem Rufe, die Jubiläumskonferenz in Berlin abzuhalten, so zahlreich gefolgt sind. Viele hochverehrte Mitarbeiter und Mitkämpfer setzen sich in Ihren Reihen. Es drängt mich wohl, ihre Namen zu nennen, aber ihre große Zahl verbietet mir das. Nach besonderer Begrüßung der französischen und polnischen Delegation, erklärte Reichstagspräsident Löbe zum Schluß: Die Arbeiten, die vor uns liegen, werden getragen sein von dem Geiste des guten Willens, den von uns vertretenen Völkern zu dienen und sie von der Geißel des Krieges zu bewahren. Für die Sicherung des Friedens aber möchten wir nicht nur den guten Willen, sondern auch jene praktischen Institutionen vorbereiten, die den Friedenswillen zu einer geschäftigen Organisation führen, die nicht mehr zerbrochen werden kann.

Im gefälligen Meinungsaustausch vereinigten sich dann die Gäste aus den verschiedenen Nationen. Konzertdarbietungen bildeten den musikalischen Rahmen der Feierlichkeiten.

#### Der Interparlamentarische Rat

erledigte am Mittwoch nachmittag unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten des Hochscholomawischen Senats, Brabetsch, der die Verhandlungen an Stelle des erkrankten Präsidenten Adelswärd (Schweden) leitete, seine Tagesordnung. Hauptgegenstand der Tagesordnung war die Wahl des Generalsekretärs. Unter lebhaftem Beifall wurde der bisherige Generalsekretär der Interparlamentarischen Union, Dr. Rante (Norwegen), für weitere vier Jahre zum Generalsekretär der Union gewählt. Auf Vorschlag des französischen Senators Dr. Merklin, des Präsidenten der französischen Gruppe, wurde dem schweizerischen Abgeordneten Dr. Wottler der Titel eines stellvertretenden Generalsekretärs verliehen. Das Amt des Schatzmeisters der Union, das bis zu seinem kürzlich erfolgten Tode der Schweizer Nutty innehatte, soll nunmehr in den Händen des Generalsekretärs bleiben.

#### Der Bericht der Kolonial- und Minderheitenkommission

Aber die Sitzung der Kommission für Kolonial- und Minderheitenfragen der Interparlamentarischen Union wurde der amtliche Bericht in französischer Sprache festgehalten, in dem es heißt:

„Die Kommission beschloß, eine Unterkommission von fünf Mitgliedern einzusetzen, mit dem Auftrage, etwaige Verbesserungen im Minderheitenverfahren vor dem Völkerbund zu studieren. Bei dieser Gelegenheit erinnert die Kommission an die Resolutionen der Konferenzen von Wien, Kopenhagen und Washington-Ottawa, welche eine ständige Minderheitenkommission beim Völkerbund vorgesehen hatte, und in denen die Interparlamentarische Union die Ausdehnung des Minderheitenschutzsystems auf alle Staaten befürwortet hatte. Die Kommission ersucht ferner die Unterkommission, die Entwicklung des materiellen Minderheitenrechts nicht aus den Augen zu verlieren und bei ihren Arbeiten, die in verschiedenen Staaten schon bestehenden kulturellen Garantien zu berücksichtigen.“

#### Italienische Abgeordnete an die Interparlamentarische Union

Eine Reihe ehemaliger italienischer Abgeordneter, die im Ausland leben, hat an die in Berlin tagende Interparlamentarische Union ein Schreiben gerichtet, in dem diese Abgeordneten ausführlich ihre Auffassungen begründen, daß die Mitglieder des italienischen Parlaments nicht als Vertreter des Volkes und einer die Regierung Italiens kontrollierenden Kammer anzusehen seien, sondern als „Agenten und Beamte dieser selben Regierung“. Die im Auslande lebenden italienischen Abgeordneten bitten, ihre Protestkundgebung der Versammlung zur Kenntnis zu bringen.

#### Frostschäden in den Weinbaugebieten der Pfalz

Von pfälzischen Abgeordneten der Bayerischen Volkspartei war in einer im Bayerischen Landtag eingebrachten Anfrage auf die Notlage verwiesen, in die viele Gemeinden in der Pfalz deshalb kommen, weil die Umlagepflichtigen infolge Elementarschäden die Umlage nicht zahlen können. In der nunmehr erfolgten Antwort des bayerischen Staatsministeriums wird erklärt, daß bei der Gewährung von Zuschüssen an überlastete Gemeinden aus dem Ausgleichsstock auch auf die Notlage Rücksicht genommen werden soll, in die die Gemeinden dadurch geraten, daß viele Umlagepflichtigen infolge von Elementarschäden, insbesondere Frostschäden, nicht in der Lage sind, ihren Verpflichtungen gegenüber den Gemeinden nachzukommen. Hinsichtlich der Stundung von Gemeindeumlagen sei im Hinblick auf die Notlage der Landwirtschaft bereits am 22. März eine Entschließung ergangen, die den Gemeinden möglichsten Entgegenkommen anheim gibt.

### Der Kellogg-Pakt

Das Reichskabinett zur außenpolitischen Lage

Aber die Sitzung des Reichskabinetts am Mittwoch wird mitgeteilt: In der unter Vorsitz des Reichskanzlers abgehaltenen Kabinettsitzung gaben Reichsaußenminister Dr. Stresemann und Staatssekretär v. Schubert einen Überblick über die außenpolitische Lage und über die Probleme, die in der bevorstehenden Völkerverbundtagung zur Erörterung stehen. In die Darlegungen schloß sich eine eingehende Aussprache, welche die völlige Einmütigkeit des Kabinetts über die Behandlung der aktuellen außenpolitischen Fragen ergab.

Zur Sitzung des Reichskabinetts wird in Berliner politischen Kreisen darauf hingewiesen, daß die Unterzeichnung des Kellogg-Paktes für uns in erster Linie eine Angelegenheit nicht der deutsch-französischen, sondern der deutsch-amerikanischen Politik ist. Unter diesem Gesichtspunkt ist auch die Pariser Reise Dr. Stresemanns nach Paris zu betrachten. Natürlich ist zu erwarten, daß der Aufenthalt Dr. Stresemanns in der französischen Hauptstadt Gelegenheit zu Konversationen über die Fragen geben wird, an denen wir ein besonderes Interesse haben. So wird der deutsche Außenminister gewiß auch zum ersten Male mit Poincaré Fühlung nehmen. Dieser Unterhaltung ist aber keineswegs eine Bedeutung beizumessen, als ob sie irgendwelche greifbaren Ergebnisse zeitigen könnte. Dagegen wird die bevorstehende Tagung des Völkerbundes im Anschluß an die Pariser Zusammenkunft voraussichtlich in der üblichen Weise von Besprechungen der Außenminister begleitet sein. Es ist anzunehmen, daß dabei auch die aktuellen Fragen der deutsch-französischen Politik eingehender besprochen werden. Was diese letzte Frage anbelangt, so dürften für die deutsche Außenpolitik zwei Gesichtspunkte maßgebend sein. Einmal die Notwendigkeit einer Gesamtlösung, die beide Zonen betrifft, zum anderen, daß für uns irgendwelche politische Gelegenheiten nicht in Frage kommen. Diese Gesichtspunkte entsprechen der Linie, die die Außenpolitik seit Locarno immer verfolgt habe.

Die angeblichen französischen Räumungsbedingungen Die Dr. Stresemann nahestehende „Nationalliberale Korrespondenz“ nimmt Stellung zu der englischen Meldung über die angeblichen französischen Gegenforderungen der Rheinlandräumung. Nach dieser Meldung sollen Frankreich und Belgien für die Räumung der dritten Zone die permanente internationale Kontrolle im Rheinland verlangen, ferner Mobilisierung eines erheblichen Teiles der Dames-Bonds, ein Offizier aus Deutschland und Polen, einen erneuten Verzicht auf den Anschluß und die Einlösung der von Deutschland in Belgien während des Krieges ausgegebenen Mark.

Die Korrespondenz erklärt dazu: Wir halten diese Meldung für erfunden, weil man an allen maßgebenden Stellen Belgiens und Frankreichs genau weiß, daß sich in Deutschland keine wie immer zusammengelegte Regierung finden würde, die bereit wäre, auf einer solchen Basis auch nur zu diskutieren — nicht fünf Minuten.

#### v. Vindeiner-Wilbau geht nicht nach Genf

Es war angekündigt worden, daß auch der deutsch-nationale Reichstagsabgeordnete v. Vindeiner-Wilbau mit der deutschen Delegation zur Völkerverbundtagung nach Genf gehen werde. Wie die „D. A. Z.“ hört, trifft es zu, daß eine Einladung an Herrn v. Vindeiner ergangen war, er habe aber im auswärtigen Amt mitgeteilt, daß er leider nicht in der Lage sei, ihr Folge zu leisten.

#### Rein Besuch Kelloggs in London

WTN. London, 23. Aug. (Tel.) Der diplomatische Korrespondent der „Morning Post“ schreibt: Offiziell wird angekündigt, daß, entgegen den Erwartungen, Kellogg London auf seiner Rückreise von Paris nach Unterzeichnung des Friedenspaktes nicht besuchen wird. Es wird jetzt erklärt, daß ein solcher Besuch niemals ins Auge gefaßt worden sei. Kellogg wird sich direkt nach Irland und von dort aus nach Southampton begeben, wo er sich nach Amerika einschiffen wird. Der Korrespondent fügt hinzu: Die Ankunft eines ausländischen Staatssekretärs in England klopft zu dem Zwecke, sein Schiff zu erreichen, ist vielleicht ungewohnt. Andererseits aber wird erklärt, daß Kellogg es eilig habe, daß er Dublin besuche, um den Besuch des Präsidenten Cosgrave in Washington zu erwidern, und daß er zweifellos der Meinung sei, ein Höflichkeitsbesuch in London zu einer Zeit, wo Chamberlain und die meisten Kabinettsmitglieder abwesend sind, sei kein ausreichender Grund, um das Schiff zu verlassen.

### Eine demokratische Erklärung zum Panzerkreuzerbau

Nachdem über die Haltung der demokratischen Minister zu der Frage des Baues des Panzerkreuzers widersprechende Meldungen in die Presse gelangt sind, hat der „Demokratische Zeitungsdienst“ über die Gründe, die die demokratischen Minister zur Zustimmung zum Bau des Panzerkreuzers veranlaßt haben, folgende Auskunft eingeholt: Die demokratischen Minister haben ihre Meinung, daß der Bau des Panzerkreuzers politisch unerwünscht und militärisch ungewinnlich sei, nicht geändert. Die Lage machte aber den Versuch, den vom Reichstag beschlossenen Bau zu Fall zu bringen, unmöglich. Eine Zustimmung derjenigen Minister, die für den Bau sind, zur Sistierung des Baues, war unerreicht. Im Reichstag ist auch nach den Neuwahlen eine Mehrheit für den Bau vorhanden. Die demokratischen Minister hatten also nur die Möglichkeit, zum Zeichen des Protestes gegen den Bau von ihrem Amte zurückzutreten und die Koalition zu sprengen. Sie haben sich dazu nicht entschlossen. Maßgebend für ihre Haltung war die Aufrechterhaltung der Koalition.

Präsidium und Reichsausschuß der Deutschen Friedensgesellschaft stellen auf ihrer Tagung vom 20. August in Erfurt (an welcher der erste Vorsitzende des Badischen Landesverbandes als Vertreter Baden teilnimmt), fest, daß die Deutsche Friedensgesellschaft mit allen gesetzlichen Mitteln den Weiterbau des Panzerkreuzers A und weiterer Kriegsschiffe zu verhindern versuchen wird. Die Landesverbände und Ortsgruppen der Deutschen Friedensgesellschaft und alle befreundeten Organisationen werden aufgefordert, überall auf die Parteien einzudringen, daß deren Fraktionen schon heute erklären, die weiteren Akten abzulehnen. Wenn diese Stellungnahme der Parteien nicht erreicht werden kann, muß der Meinung der breitesten Schichten des Volkes im Wege eines Volksbegehrens und Volksentscheides stattgegeben werden. Ausschuß und Präsidium der Deutschen Friedensgesellschaft haben einen Aktionsausschuß eingesetzt, der die Maßnahmen für eine einheitliche Aktion der Friedensbewegung ergreifen wird.

### Die Programmrede Smiths

Kriegsächtung — Prohibition

In Albany (Staat New York) entwickelte der Präsidentschaftskandidat der amerikanischen Demokraten, Gouverneur Smith, in einer Rede, in der er formell seine Nominierung zum Präsidentschaftskandidaten annahm, eingehend sein politisches Programm, das sich im wesentlichen ziemlich eng an die Forderungen des auf der Parteitagung in Houston (Texas) angenommenen Wahlprogramms hält, aber in der Prohibitionsfrage weiter geht.

Zur auswärtigen Politik bemerkte Smith, daß gegen Ende der Wilsonschen Regierung Amerika nicht nur die Freundschaft, sondern die Bewunderung und Achtung der Nationen gewonnen habe, während sich heute Anzeichen weitverbreiteter Mißtrauens und unfreundlicher Gesinnung namentlich bei den lateinischen Nachbarn wahrnehmen ließen. Die herzlichen Beziehungen zu Lateinamerika müssen vor allem wiederhergestellt werden. Ich persönlich verpflichte mich zu einer Politik der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten Mexikos, ebenso wie anderer lateinamerikanischer Staaten. Die Monroe Doktrin muß aufrechterhalten werden, aber nicht als Vorwand zur Einmischung in reichsinnere Angelegenheiten von Ländern, die, obwohl klein, doch souverän sind. Smith billigte die Bemühungen, die unter der Regierung Wilsons abgeschlossenen Schiedsverträge zu erneuern und zu erweitern; aber die Grundfalschheit solcher Verträge als Kriegsvorbereitungsmittel werde durch den von vertriebenen Nationen geltend gemachten Vorbehalt des Rechtes, Verteidigungskriege zu führen, wesentlich vermindert. Die wirkliche Achtung des Krieges muß aus einem kräftigen Bestreben folgen, die Kriegursachen zu beseitigen, und in diesem Bestreben hat die republikanische Regierung auffallend versagt. Ich bin weder ein Militarist, noch ein Jingo. Ich glaube, daß das Volk der Vereinigten Staaten wünscht, mit der Welt in Frieden und Freundschaft zu leben. Smith wies auf den Washingtoner Vertrag von 1921 zur Beschränkung der Seerüstungen hin, womit ein Anfang gemacht werden sollte, die Schultern der arbeitenden Massen von der schweren Steuerlast für Rüstungswerkzeuge zu befreien. Seit sieben Jahren habe die Republikanische Partei in dieser Hinsicht nichts weiter erreicht. Landrüstungen, Unterseeboote, Kriegsschiffe von unter 10000 Tonnen, Giftgas usw. seien nicht eingeschränkt worden. Ich verpflichte mich, schloß Smith diesen Teil seiner Rede, von neuem eine wirkliche Anstrengung zur wirksamen Ächtung des Krieges zu machen, indem seine Ursachen entfernt und durch die Methoden der Besprechung und Schiedsgerichtliche Entscheidung ersetzt werden.

Aber die Prohibitionsfrage sagte Smith: Die jetzt in Kraft befindliche Gesetzgebung über den Alkoholgehalt von Getränken sei oberflächlich und unwissenschaftlich. Er sei für ein Abänderungsgesetz, wonach jeder einzelne Staat des Landes seinen eigenen Standard des Alkoholgehaltes festsetzen dürfe, ohne dabei aber einen vom Kongreß festzulegenden Höchststandard zu überschreiten. Ferner sei er dafür, daß jeder Einzelstaat bei einer Volksabstimmung das Recht erhalten soll, innerhalb seiner Grenzen alkoholische Getränke herzustellen oder zu verkaufen. Der Verkauf sollte aber Staatsmonopol sein.

WTN. Albany, 23. Aug. (Tel.) An den Feierlichkeiten bei der Programmrede des demokratischen Präsidentschaftskandidaten Smith nahm eine riesige Menge teil, die auf 150000 Köpfe geschätzt wird. Die Feier wurde durch das Regenwetter stark gestört, da Smith die Rede im Innern des Kapitols halten mußte. Trotz des starken Regens hörten Tausende im Freien der Rede zu, die auf alle einen starken Eindruck hinterließ, der selbst in der nichtdemokratischen Presse Widerhall findet.

### Tagung der Kinobesitzer in Berlin

Der Reichsverband deutscher Lichtspieltheaterbesitzer veranstaltete Mittwoch mittag eine große Feststimmung im Plenarsaal des ehemaligen Herrenhauses, an der zahlreiche Vertreter der Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden, der Polizeipräsident, Reichstags- und Landtagsabgeordnete, sowie zum ersten Male viele ausländische Kinobesitzer als Repräsentanten von 16 Nationen Europas und Indiens teilnahmen. Die Hauptansprache hielt der Reichstagsabgeordnete und zweite Vorsitzende des Reichsverbandes, Wilhelm Siegfried. Er gab dem Wünsche Ausdruck, daß das Ziel, im Film die Weltbildersprache im Sinne der Völkerverständigung, der Völkerverständigung und des ewigen Völkerfriedens zu schaffen, nicht mehr fern sein möge. Die deutsche Filmindustrie sei durch die heutige Überlastung an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt. Deutschland habe den ersten Schritt getan, um eine Arbeitsgemeinschaft aller filmproduzierenden Nationen ins Leben zu rufen.

Der erste Vorsitzende, Direktor Guttman, sagte die Wünsche der anwesenden Angehörigen der Filmindustrie von 16 Nationen in einer Kundgebung zusammen, in der es heißt, daß als die am stärksten bedrückende Sonbergesetgebung die Belastung mit der Luftfahrzeugsteuer empfunden wird. Die Versammlung fand sich ihrer kulturellen Bedeutung und ihrer Aufgabe der Völkerverbindung vollkommen bewußt und werden jede Maßnahme ergreifen, um die Herstellung und den Vertrieb solcher Filme zu unterstützen, die diesem Ziele zuwiderlaufen. Sie glauben, daß gleichlaufende Interessen des Films von einer internationalen Organisation ständig bearbeitet werden müssen.

WTN. Berlin, 23. Aug. (Tel.) Während der heutigen Arbeitssitzung des Reichsverbandes deutscher Lichtspieltheaterbesitzer, an der wiederum Delegierte aus 17 europäischen Staaten teilnahmen, wurde auf Antrag des Reichsverbandes deutscher Lichtspieltheaterbesitzer eine Entschließung angenommen, die sich gegen die Einführung von Schutzfilmen richtet.

In der Entschließung heißt es: „In den letzten Jahren sind einzelne Filme angefertigt und vorgeführt worden, in denen das nationale Ehrgefühl verschiedener Völker auf das schwerste verletzt wurde. Die deutschen Theaterbesitzer bitten die Vertreter der ausländischen Lichtspieltheaterbesitzergenerationen, sich einem Aufruf an die Lichtspieltheaterbesitzer der ganzen Welt anzuschließen und die Veröffentlichung in der Tages- und Fachpresse der ganzen Welt zu sanktionieren.“ — In dem Aufruf heißt es: „Die heute auf dem ersten internationalen Lichtspieltheaterbesitzerkongreß in Berlin versammelten Delegierten der Lichtspieltheaterbesitzergenerationen von Belgien, Deutschland, England, Finnland, Frankreich, Indien, Jugoslawien, Niederlande, Österreich, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Spanien, Tschechoslowakei, Türkei und Ungarn haben den Entschluß gefaßt, keinerlei Filme mehr vorzuführen, in denen irgendeine Nation verunglimpft oder in ihrem nationalen Empfinden verletzt wird. Durch Nichtabschluß derartiger Filme wollen wir die Filmfabrikanten der einzelnen Nation zwingen, der völkerverbindenden, völkerverständlichen und kulturfördernden Mission des Films zu entsprechen.“

## Italienisch-französische Verstimmung

In Paris hatten gelegentlich des dort tagenden Internationalen Studententages bei studentischen Sportkämpfen Krawalle mit italienischen Studenten stattgefunden. Die italienische Delegation hat daraufhin vor Abschluß der Tagung Paris verlassen. Der Generalsekretär der faschistischen Partei, Turati, hat in einer Rede in Rom ungewöhnlich scharfe Bemerkungen gegen Frankreich gebraucht. Die Spiele standen übrigens nur in sehr losem Zusammenhang mit dem Kongreß und liefen rein zeitlich neben ihnen her. Das Fußballwettspiel wurde von einer italienischen und einer ungarischen Mannschaft bestritten. Nach Schluß des Spieles wurde die italienische Mannschaft, die natürlich aus lauter Faschisten bestand, von italienischen Emigranten, also Antifaschisten, ausgediffen, was sehr schnell zu Schlägereien führte, die aber nach Aussagen von Augenzeugen kaum einen so heftigen Charakter angenommen hätte, wenn die französische Polizei nicht mit übertriebener Brutalität eingeschritten wäre, so daß die Verbindungen, die die Italiener dabontrugen, ausschließlich von der Polizei stammen.

Paris, 28. Aug. (Tel.) Die französische Studentenvereinsleitung lehnt in einer öffentlichen Erklärung die Verantwortung für die Zwischenfälle anlässlich des Fußballwettspieles ab und verwahrt sich zugleich gegen die aus diesem Anlaß in Rom veranfaßten antifranzösischen Kundgebungen. Die linksstehende französische Presse knüpft an die gestern erfolgte öffentliche Adresse der italienischen Studentendelegation zum Teil recht unfreundliche Kommentare an die Adresse Mussolinis.

Rom, 28. Aug. (Tel.) Bei dem Empfang der aus Paris zurückkehrenden italienischen Studenten auf der Piazza Colonna, der von stürmischen Kundgebungen begleitet war, hielt der Generalsekretär der faschistischen Partei, Turati, eine Rede, in der er die italienischen Studenten zu ihrer Haltung gegenüber dem Geßell der „feulenden Kanaille“ beglückwünschte und darauf hinwies, daß Rom als wahre Herrin der Zivilisation, der Kraft und der Höflichkeit die studentischen Gäste aus den verschiedenen Staaten empfangen, mit Beifall begrüßt und mit Festen umgeben habe, ohne danach zu fragen, ob sie eine demokratische oder freimaurerische Ausweiskarte hatten.

## Erweiterung der Krisenfürsorge

Das Reichskabinett beschäftigte sich am Mittwoch außer mit der außenpolitischen Lage mit der Krisenfürsorge. Das Kabinett beschloß, von einer Zwischenlösung abzugehen und die Verlängerung der Unterfütungsdauer auf 39 Wochen, die der Reichstag vor seinem Auseinandergehen gewünscht hatte, mit Wirkung vom 17. September d. J. in Kraft zu setzen.

Die Verlängerung der Unterfütungsdauer von 26 auf 39 Wochen entspricht einem Verlangen, das der Reichstag kurz vor seinem Auseinandergehen im Juli in einer Resolution ausgesprochen hatte. Einen Teil der Wünsche, die damals formuliert wurden, hat der Reichsarbeitsminister bereits vor acht Tagen in einem Erlass verwirklicht, der den Kreis der Personen, die zur Krisenfürsorge zugelassen sind, erheblich ausdehnte und für die älteren Angestellten über 40 Jahre die Höchstbezugdauer bereits auf 32 Wochen erweiterte. Der Kabinettsbeschluss war notwendig geworden, da der Vorschlag des Reichsarbeitsministers, die Dauer der Krisenfürsorge generell auf 39 Wochen zu erhöhen, erst noch auf seine finanzielle Tragweite hin geprüft werden mußte. Im Etat für 1928 sind für Zwecke der Krisenfürsorge im ganzen 100 Millionen Reichsmark bewilligt worden. Wie man weiß, haben von den Räten der Krisenfürsorge vier Fünftel das Reich und ein Fünftel die Gemeinden zu tragen. Da das Kabinett dem Vorschlag des Arbeitsministers nun zugestimmt hat, darf man annehmen, daß sich nach seiner Schöpfung der Mehraufwand, den das Reich in der zweiten Hälfte des Etatjahres für die Verlängerung der Krisenfürsorge zu tragen haben wird, ungefähr innerhalb der Grenzen halten wird, die durch den Etatansatz gezogen sind. Sollte sich im Herbst und Winter die Lage auf dem Arbeitsmarkt über das durch die Saison bedingte Maß hinaus wesentlich verschlechtern, dann müßte allerdings unter Umständen mit einer Nachforderung gerechnet werden.

## Gesamtdemission der thüringischen Regierung

Die thüringische Regierung ist am Mittwoch in ihrer Gesamtheit zurückgetreten und hat dem Präsidenten des Landtages davon Kenntnis gegeben. Diesem Schritt war eine Kabinettsitzung am Vormittag vorangegangen, über deren Ergebnis zunächst nichts bekannt geworden war. Indessen verläutete bereits am Dienstag, der demokratische Staatsminister Dr. Paulsen habe seinen Rücktritt, der nach dem bekannten Beschluss des demokratischen Parteitages vom letzten Sonntag zu erwarten war, nur deshalb noch etwas verzögert, um den Rücktritt des Gesamtkabinetts zu erreichen.

## Deutscher Handwerks- und Gewerbetag

Die Verhandlungen des Deutschen Handwerks- und Gewerbetages begannen am Mittwoch in Köln unter dem Vorsitz von Präsident Blase, Hannover, Ehrenmeister des deutschen Handwerks mit einer geschlossenen Mitgliederversammlung. An den Verhandlungen nahm auch Ministerialdirektor Dr. Reichardt, Reichskommissar für das Handwerk und Kleinindustrie, teil. Sämtliche deutschen Handwerks- und Gewerbetagungen waren vertreten.

Präsident Welter, Köln, berichtete über die Errichtung des Instituts für Handwerkswirtschaft mit dem Sitz in Berlin. Die neue Anstalt soll die Tätigkeit der bisherigen Institute auf erweiterter Grundlage und mit einheitlicher Zielsetzung fortführen. Nach den vorgelegten Satzungen wird das Institut für Handwerkswirtschaft als eine rechtsfähige Stiftung errichtet mit dem Zweck, durch wissenschaftliche Förderung und praktische Tätigkeit das gesamte Handwerk zu pflegen und zu fördern und sich die Erhaltung und Weiterbildung des handwerklichen Schaffens zu wirken.

## Gründung eines Instituts für Höhenluftforschung

Die deutsche Versuchsanstalt für Luftfahrt hat im Verein mit der hessischen Regierung und der Darmstädter Technischen Hochschule Verhandlungen gepflogen, die nach einer Meldung der „Deutsch. Allg. Ztg.“ aus Darmstadt, abgeschlossen sind und zum Ziele haben, das erste Höhenluftforschungsinstitut der Welt einzurichten. Das Institut wird der Technischen Hochschule Darmstadt angegliedert und von den Professoren Georgi und Gerhards geleitet werden. Für die Forschungszwecke soll der jetzt noch in Friedriehshafen auf der Zeppelinwerft stationierte große Ballon der Welt nach Darmstadt verbracht werden und hier in Höhen bis 10.000 Meter aufsteigen. Die Höhenluftforschung wird für die Luftfahrt der Zukunft große Bedeutung haben.

Die Mehrheit der Benizelissen. Nach Zeitungsmeldungen werden die Benizelissen in der neuen griechischen Kammer 220 Abgeordnete, die Parteien der Opposition dagegen nur etwa 80 Sitze besitzen.

## Die Nationalhymne auf der Presse

Zu den Meldungen, wonach das Spielen der deutschen Nationalhymne in den Gaststätten auf der Presse von der Leitung der Ausstellung unterjagt sei, teilt die Presseleitung folgendes mit:

Es trifft nicht zu, daß das Spielen der Nationalhymne auf der Presse unterbleibt. Im Gegenteil, die Nationalhymne wird bei allen besonderen Anlässen im Rahmen ernster Veranstaltungen usw. gespielt. Auf Grund von Erfahrungen, die man auf anderen Ausstellungen mit dem häufigen Spielen der Nationalhymne zu vorgeführter Stunde gemacht hat, hat die Ausstellungsleitung jedoch, um eine Entwürdigung der Nationalhymne zu verhindern, das Spielen auf Aufforderung des Publikums in Wirtschaftsbetrieben unterjagt und die Genehmigungspflicht eingeführt.

## Die Toten von L 55

Zu den Mitteilungen in der englischen Presse, wonach die Sowjetregierung das Ersuchen der englischen Regierung, zu gestatten, daß die Leichen der Besatzung des kürzlich im finnischen Meerbusen geborenen englischen U-Bootes „L 55“ nach England transportiert werden, angeblich noch nicht beantwortet habe, teilt die Telegraphenagentur der Sowjetunion mit: Auf eine durch Vermittlung der norwegischen Befandtschaft eingegangene Anfrage der britischen Admiralität, ob die Möglichkeit bestehe, einen englischen Kreuzer nach Kronstadt zu entsenden, um die Leichen aufzunehmen, wurde der norwegischen Befandtschaft rechtzeitig mitgeteilt, daß die Sowjetregierung gegen das Einlaufen des Kriegsschiffes einer befreundeten Nation ebenso wie gegen das Einlaufen eines Handelsschiffes nichts einzuwenden habe, sie könne aber das Einlaufen eines englischen Kreuzers nicht gestatten.

Auflösung der Gutsbezirke in Preußen. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst einem Rundschreiben des Ministers des Innern vom 10. August entnimmt, werden in den nächsten Wochen die Beschlüsse des Staatsministeriums über Auflösung der Gutsbezirke laufend herausgegeben werden. Diese Beschlüsse werden sämtlich mit Wirkung vom 30. September d. J. ergehen. Damit wird die überwiegende Anzahl der Gutsbezirke mit dem 1. Oktober aufhören zu bestehen.

Fletner-Rotorjacht nach Amerika verkauft. Das Fletner-Rotorjacht „Baden-Baden“, die ehemalige „Budau“ ist, wie das „B. Z.“ aus Hamburg meldet, nunmehr endgültig, nachdem sich frühere Verhandlungen einmal zerfallen hatten, nach Amerika verkauft worden. Das Schiff wird von der Gesellschaft Caps Navigations Corporation übernommen, allerdings unter der Bedingung, daß die Rotoren abgeschraubt werden.

Die russische Staatsangehörigkeit. Das Sowjetkommissariat des Innern in Moskau hat eine Verordnung erlassen, der zufolge ausländische Arbeiter und Bauern sowie Emigranten-revolutionäre zu jeder Zeit auf ihr Verlangen die Staatsangehörigkeit der Sowjetunion erhalten können. Laut Mitteilung des Volkskommissariats des Innern sind Ehen von Personen verschiedener Staatsangehörigkeit, wenn einer der Eheleute Sowjetbürger ist, nur dann gültig, wenn die Ehen in den Standesämtern des lokalen Sowjets registriert sind. Bei der Registrierung der Ehen behält jeder der Eheleute seine Staatsangehörigkeit bei. Der Übergang zur Sowjetstaatsangehörigkeit wird in üblicher Weise vollzogen.

## Kurze Nachrichten

Neue Unterfütungen bei der Kreisparlatte Saarland. Nachdem erst vor etwa einem Jahre bei der Kreisparlatte Saarland die Unterfütung einer großen Summe bekannt geworden war, ist am Mittwoch wegen neuer Veruntreuungen an derselben Kasse der 33jährige Sparlatteangehörige Peter Hine festgenommen worden. Es soll sich um größere Beträge handeln.

Die Reblaus im Rheingau. Im Bezirk Langenberg bei Rudesheim ist in einem Weinberg des Fürsten Rethemich-Winzenburg die Reblaus festgestellt worden. Die Verseuchung soll bereits größeren Umfang angenommen haben.

Bombenanschlag gegen das italienische Konsulat in Lüttich. Eine unter den Fenstern des italienischen Konsulats in Lüttich gelegte Bombe explodierte während der Nacht. Da die Bewohner des Hauses abwesend waren, sind nur Sachschäden entstanden.

Inden in St. Moritz. Der indische Dichter Rabindranath Tagore, sowie der Religionsstifter Krishnanurti sind in St. Moritz zu einem Kuraufenthalt eingetroffen.

Von der polnisch-litauischen Grenze werden wieder Schiebereien zwischen den Grenzwachern gemeldet.

Für den rheinischen Braunkohlenbergbau ist ein Schiedsgericht gefällt worden, wonach die bisherige Arbeitszeitregelung bis zum 30. September 1929 verlängert wird.

Beschädigung der transsibirischen Eisenbahn. Laut Berichten, die aus China in London eingetroffen sind, wurde die transsibirische Eisenbahn von mongolischen Vandalen beschädigt. Es sind Arbeitertrupps ausgesandt worden, um die Schienen zu reparieren.

Sugo Herold 75 Jahre. Sugo Herold, ein Veteran unter den Berliner Journalisten, feiert heute, Donnerstag, seinen 75. Geburtstag. Herold begann seine journalistische Laufbahn in der Redaktion des „Berliner Tageblattes“, dann übernahm er die Leitung des damals bei Schorer erscheinenden „Echo“ und war später Jahrzehnte hindurch Korrespondent für eine Anzahl großer ausländischer Blätter.

Der Teilstreit in der Herrenkonfektion. Im Anschluß an die von Berlin ausgehende Streikbewegung in der Herrenkonfektion, haben die Arbeiter in zwei Großbetrieben der Branche in Frankfurt am Main am gestrigen Mittwoch die Arbeit niedergelegt. Es handelt sich um insgesamt 750 Streikende. Eine Ausdehnung auf weitere Frankfurter Betriebe ist vorläufig nicht in Aussicht genommen. — Auch in Mainz ist ein Teilstreit zu verzeichnen. Die dortigen Konfektionsbetriebe haben in einer Versammlung beschlossen, am heutigen Donnerstag in drei hiesigen Betrieben die Arbeit niederzulegen. — In Aschaffenburg ist ebenfalls ein Teilstreit der Konfektionsarbeiter beschlossen worden, der sich bisher auf drei Firmen erstreckt. — In Weiskau wird in fünf Firmen gestreikt.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe. Die Luftdruckverteilung in Europa zeigt heute je ein Hochbrücken über dem Nordmeer und über Frankreich. Beide sind über der Nordsee durch einen flachen Hochbrücken verbunden. Das baltische Tief hat für unsere Bitterung keine Bedeutung mehr, da seine letzten Regenfronten heute morgen bei uns durchgezogen sind. Dagegen wird das Hoch über dem Festland nimmend seinen Einfluß auf uns durchsetzen und rasche Aufhellung bringen, die wenigstens bis morgen abend anhalten wird. — Wetterausichten für Freitag: Heiter, trocken und tagsüber warm.

## Badischer Teil

### Seine Reise Dr. Dormüllers in den Schwarzwald

In badischen Zeitungen erschien in den letzten Tagen die Mitteilung, daß Generaldirektor Dr. Dormüller von der Reichsbahngesellschaft letzten Montag dem badischen Lande einen Besuch abstattete und dabei den Schwarzwald bereift habe. Die Reichsbahndirektion macht darauf aufmerksam, daß diese Mitteilung unzutreffend ist. Eine Reise Dr. Dormüllers über den Schwarzwald hat nicht stattgefunden.

Von anderer Seite wird berichtet, daß nicht der Generaldirektor der Reichsbahn, sondern die Technische Prüfungskommission, die nach den Eisenbahnunfällen in Bayern zur Durchführung der Betriebssicherheit eingesetzt wurde, in einem Sonderzug der Reichsbahnhauptverwaltung die Strecke Konstanz—Offenburg befahren hat. Die Technische Kommission hat in der Gegend von Immendingen Durchprüfungen und Besichtigungen vorgenommen, ist im übrigen aber die weitere Strecke der Schwarzwaldbahn ohne Aufenthalt durchgeföhren.

### Vom Einzelhandel

Der Einzelhandelsausschuß der Handelskammer Karlsruhe hielt am 17. August d. J. eine Sitzung ab, die von dem Vorsitzenden des Ausschusses und Vizepräsidenten der Kammer, Stadtrat Künzel, Karlsruhe, geleitet wurde.

Der Ausschuß befaßte sich auf Grund eines Berichtes des Syndikus Dr. Krienen mit der Frage der Errichtung von sogenannten Sparparlaten, wie sie die Warenhäuser des Karlsruher Zentrums in letzter Zeit eingeföhrt haben. Er schloß sich den Bedenken, die von den verschiedensten Seiten bereits gegen diese neue Methode der Kundenwerbung geltend gemacht worden sind, voll und ganz an und hielt es für notwendig, hiergegen mit allem Nachdruck vorzugehen und insbesondere dahin zu wirken, daß die Kaufparlaten keine allgemeine Verbreitung finden. — Der kürzlich von Professor Dr. Girsch, Berlin, gemachte Vorschlag, zur Ausglei chung der Beschäftigungsschwankungen im Warenhandel und Geldverkehr die Lohn- und Gehaltszahlungsstermine über den Monat bzw. über die Woche hin zu verteilen, worüber Syndikus Dr. Krienen berichtete, fand die Zustimmung des Ausschusses, nach dessen Auffassung dieser Vorschlag geeignet ist, den Einzelhandels-geschäften eine gleichmäßigere Betriebsführung zu ermöglichen und auch den Geldmarkt mehr auszubalanzieren. — Der Begriff des Restes findet vielfach eine verschiedene Auslegung. Der Ausschuß stellte sich nach einem Bericht von Dr. Koch in gleicher Weise, wie das bei der Industrie- und Handelskammer Köln errichtete Einigungsamt in Sachen des unlauteren Wettbewerbs, auf den Standpunkt, daß der Begriff des Restes möglichst eng gefaßt werden müßte und als Rest nur solche aus einer größeren Menge übriggebliebenen Stücke an Leinen, Stoffen und dergleichen angesehen werden, die für sich genommen, nicht den vollen Verkaufspreis mehr besitzen; nur bei solchen Restbeständen sollte deswegen nach Ansicht des Ausschusses der Verkauf im Wege der Anfündigung von Resttagen zulässig sein. — Die vielfach beobachtete Durchbrechung der bisher im Einzelhandel bei der Preisauszeichnung üblichen Gepflogenheiten durch die Einheitspreisgeschäfte bezeichneter der Ausschuß im Anschluß an einen Bericht von Dr. Koch vom allgemein wirtschaftlichen Standpunkte aus als durchaus unerwünscht und verwerflich. Er war der Ansicht, daß es bei dem Angebot von Waren keine anderen Preisauszeichnungen geben dürfe als die zu den allgemein gebräuchlichen Maß- oder Gewichtsbemessungen. Abweichungen hiervon seien geeignet, eine Preisführung des tausenden Publikums herbeizuföhren, und sie sollten infolgedessen als Verstoß gegen die guten Sitten auf Grund des Wettbewerbsgesetzes verfolgt werden. — Der Ausschuß nahm ferner noch von einem Bericht des Abteilungs-vorstehers Gänzel über die gesetzlichen Bestimmungen, die bei der Wahl von Firmenbezeichnungen seitens der Einzelhändler zu beobachten sind, mit Interesse Kenntnis. Der Bericht ging namentlich auf die vielfach geföhrt unzulässigen Firmenbezeichnungen in Verbindung mit „Haus“, „Werk“ usw. ein und zeigte die umfangreiche Tätigkeit, welche die Kammer auf diesem Gebiete zu leisten hat. — Zur Erörterung gelangten schließlich noch Klagen über den Vertrieb von Textilwaren bei Behörden durch Vertreter auswärtiger Firmen, denen die Kammer weiter nachgehen wird. — Die von dem badischen Minister des Innern bei den Bezirksämtern in Vorschlag gebrachte und einem Wunsche der badischen Handelskammer, sowie der Landeszentrale des badischen Einzelhandels entsprechende Neuregelung des Ausverkaufswesens, wurde begrüßt, und es wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß sie recht bald im ganzen Land durchgeföhrt werde.

### Gemeinde-Rundschau

Im Bürgerausschuß Herbolzheim i. Br. gedachte bei Eröffnung der letzten Sitzung zunächst Bürgermeister Steinherr des verstorbenen früheren Großherzogs. Zum Gemeinde- und Krankenhausvoranschlag gab der Bürgermeister Auskunft über den gegenwärtigen Schuldenstand der Stadtgemeinde. Der diesjährige Voranschlag ergibt einen Fehlbetrag von 79.957 Reichsmark, der durch Umlage aufzubringen ist. Zur Dedung dieses Fehlbetrags werden die gleichen Sätze wie letztes Jahr erhoben, und zwar auf Liegenhaften 80 Pf., auf Betriebsvermögen 32 Pf. und vom Gewerbeertrag 6 M. Der Voranschlag wurde fast debattelos genehmigt, da ja die größeren Ausgabenposten wie Kanalisation, Straßenbau usw. für die Fortsetzung bereits genehmigter Arbeiten notwendig waren. Der Krankenhausvoranschlag sieht diesmal einen Zuschuß von der Stadtgemeinde nicht vor. Als 2. Punkt kam die Ferngasversorgung zur Beratung. Der mit der Gasanstaltsbetriebs-gesellschaft abzuschließende Vertrag ist, dank den Bemühungen des Bürgermeisters Steinherr, der als Beauftragter der interessierten Gemeinden den Vertrag ausarbeitete und die Verhandlungen führte, derart aufgestellt, daß ein Mißsto für die Stadtgemeinde nicht vorhanden ist. Mit dem Beginn der Arbeiten soll nach Unterzeichnung des Vertrags alsbald begonnen werden. Der abzuschließende Vertrag wurde in dieser Sitzung mit 7 Gegenstimmen genehmigt. Zwecks Durchführung der Kanalisation wurde der Ankauf von Grundstücken und Grundstücksanteilen genehmigt. Den letzten Punkt bildete die Erlassung eines Ortsstatuts für die Gewerbesätze. Dieses Ortsstatut sieht die Einführung von Schulgeld vor, und zwar in Höhe von 20 M. für hiesige Lehrlinge, 30 M. für auswärtige, die aber in Herbolzheim in der Lehre sind, und 50 Reichsmark für auswärtige Lernende. Auch für die Teilnehmer am Werkstattunterricht wird eine mäßige Gebühr festgesetzt.

Die Unregelmäßigkeiten bei der St. Ingberger Sparlatte. Zu den Vorkommnissen bei der Stadtparlatte in St. Ingbert wird mitgeteilt, daß diese Sparlatte keinem der Sparparlatenverbände Deutschlands angeschlossen ist, und daß sie auch der sachmännischen Revision des Prüfungsverbandes öffentlicher Sparparlaten oder einem ähnlichen Revisionsverband nicht untersteht. Die Stadtparlatte St. Ingbert ist der Aufsicht der Saarregierung unterstellt.

### Aus der Landeshauptstadt

#### Akademische Auslandsstelle Karlsruhe

Um eine planmäßige Durchführung der Bestrebungen zu ermöglichen, die vorher schon an der Technischen Hochschule Friedericiana zur Pflege der Beziehungen zu den ausländischen Studierenden und durch sie zu ihrem Heimatlande bestanden hatten, wurde im Juli 1927 die Akademische Auslandsstelle Karlsruhe gegründet. Sie sucht diese Aufgabe zu erfüllen, indem sie insbesondere ihr Augenmerk auf eine erschöpfende Auskunfterteilung an ausländische Studierende, die in Karlsruhe studieren wollen, richtet. Sie hat Sprechstunden eingerichtet, um den in Karlsruhe eintreffenden Studenten bei der Beschaffung der Wohnung, bei den Förmlichkeiten der Einschreibung an der Hochschule und bei der Festlegung ihres Studienganges helfen zu können. Sie versucht auch ausländischen Studenten Anknüpfung an deutsche Familien zu vermitteln. Um den ausländischen Gästen über die wissenschaftliche Ausbildung hinaus ein lebendiges Verhältnis zu den Gütern der deutschen Kultur zu vermitteln, und in ihnen Verständnis zu wecken für die mannigfachen und im Wesen unseres Volkes begründeten Eigenarten des deutschen Lebens, veranstaltet die Akademische Auslandsstelle Karlsruhe zwanglose Deutsch-Ausländische Abende im Studentischen Tagesheim, bei denen den ausländischen Studierenden Gelegenheit geboten wird, persönlich mit den deutschen Kommilitonen, den Dozenten und den Freunden der Friedericiana aus der Stadt Karlsruhe zusammenzukommen. Wir hoffen, daß durch diese Abende und andere gemeinsame Veranstaltungen, z. B. sportlicher Art, ein persönliches Verhältnis zwischen ausländischen und deutschen Studierenden entsteht, und daß die ausländischen Studierenden sich in der Hochschule und in Karlsruhe heimisch fühlen. Dann werden sie auch von ihrem Heimatland berichten und es wird auch möglich sein, über Fragen der Beziehungen zwischen den Völkern sich auszusprechen. Um den ausländischen Kommilitonen die Güter der deutschen Kultur näherzubringen, veranstaltet die Akademische Auslandsstelle Führungen durch die Badische Kunsthalle, das Landesmuseum und Ausflüge zu kulturgeschichtlich wertvollen Denkmälern in der Umgebung von Karlsruhe.

Wenn die Arbeit der Akademischen Auslandsstelle Erfolg haben soll, ist es notwendig, daß ein größerer Kreis von Freunden aus der Stadt tatkräftig an der Erfüllung der Aufgaben mitwirkt. Diese Mitwirkung kann sich in erster Linie darauf beziehen, daß sich Familien bereit finden, ausländische Studierende als Mieter aufzunehmen, wobei oft gleichzeitig dem Wunsch des ausländischen Studenten, sich in der deutschen Sprache zu verhalten, Rechnung getragen werden könnte. Die Gewährung von Familienanschluß kann auch für die ständige Verührung mit dem ausländischen Studenten Einfluß in fremdes Volkstum gewinnen. Darüber hinaus darf nicht die große nationale Bedeutung unterschätzt werden, die in der Pflege der Beziehungen zu den uns befreundeten fremden Völkern liegt. Einzelheiten über die Durchführung dieser Aufgaben bitten wir bei der Akademischen Auslandsstelle Karlsruhe, Fasanenschloß, einzuholen.

Der Dank der früheren Großherzogin Hilde. Dem Oberbürgermeister von Karlsruhe ist von Großherzogin Hilde folgendes Telegramm zugegangen: „Für die mir im Namen der Stadtverwaltung und Bürgerschaft von Karlsruhe übermittelte warme Anteilnahme an meinem Schmerz danke ich nochmals von ganzem Herzen; dieselbe wie auch die überwältigende Beteiligung an den Trauerfeierlichkeiten hat mich tief bewegt. Großherzogin Hilde.“

Auch falsche zehn-Mark-Scheine im Umlauf. Neben den Fälschungen von 20-M-Scheinen befindet sich auch eine große Anzahl falscher 10-M-Scheine der Ausgabe vom 11. Oktober 1924 im Umlauf. Sie werden wie folgt beschrieben: Undeutliches und grob wiedergegebenes Kopfbildnis, der blaue Rand rechts auf der Vorderseite ist mit einer blauen, etwas fleckigen, glänzenden Farbe überzogen. Das Wasserzeichen ist durch einen grauen Aufdruck vorgetäuscht. Anscheinend werden die Geldscheine planmäßig von reisenden Fälschergeldverbreitern in den Großstädten abgesetzt. Es wird gebeten, auf die Merkmale der Scheine im eigenen Interesse besonders zu achten. Verdächtige Personen übergebe man der Polizei. Die Reichsbank zahlt für die Ermittlung der Täter Belohnungen bis zu 3000 M.

Reiner oberheiniischer Schachkongress. In der Glashalle des Karlsruher Stadgartens begann Mittwoch vormittag der 10.

oberheiniischer Schachkongress mit der ersten Runde des Meisterschachturniers. Zehn Spieler ringen um die höchste Würde, die der Bund zu vergeben hat. Drei davon waren bereits im Besitze des wertvollen Wanderpreises des Oberheiniischen Schachbundes. Das Haupt- und Nebenturnier, zu denen jeweils 30 Meldungen vorliegen, begann am heutigen Donnerstag um 9 Uhr.

### Kurze Nachrichten aus Baden

23. Mannheim, 22. Aug. Am kommenden Sonntag werden hier die badischen Polizeischwimmvereine ausgetragen. Vormittags 10 Uhr finden Wasserballspiele zwischen den einzelnen Polizeisportvereinen statt, am Nachmittag folgen die Schwimmwettkämpfe, abends ist Siegereverenz.

23. Mosbach, 23. Aug. Am Donnerstag, den 13. Sept., hält der Verband der unterbadischen Flechtzuchtgenossenschaften seine alljährliche Zuchtviehhausstellung mit Markt in Mosbach ab. Es werden nur Tiere, die markiert, in Zuchtbücher eingetragen und im Besitze von Genossenschaftsmitteln sind, zugelassen. Der unterbadische Flechtzuchtverband der Simmentaler Rasse ist bekannt durch seine Frohwüchsigkeit, Frühreife, Milchergiebigkeit, Lauffähigkeit und seine gute Arbeitsleistung.

23. Bruchsal, 23. Aug. Der Polizeibericht meldet: Ein französischer Soldat der Besatzungsarmee, der auf einer Urlaubsfahrt sein Reiseziel in Germersheim überfuhr und mit dem mittags hier eintreffenden Schnellzug ankam, wurde vorläufig festgenommen. Nach Prüfung seiner ordnungsmäßig befindlichen Urlaubspapiere wurde er aber wieder entlassen, so daß er zwei Stunden später die Rückfahrt nach Germersheim antreten konnte.

23. Baden-Baden, 22. Aug. Am kommenden Freitag, den 24. Aug., nimmt die große Baden-Badener Rennwoche 1928, die weitaus bedeutendste pferdesportliche Veranstaltung Deutschlands, in Pfaffenheim ihren Anfang. Der Internationale Klub als Veranstalter hat keine Mittel gescheut, die landschaftlich schöne Bahn in jeder Beziehung zu vervollkommen. Die ersten Pferde sind bereits eingetroffen. Es werden ziemlich alle Pferde vertreten sein, die im Laufe des Jahres in Deutschland im Vordergrund des Interesses standen. Schon der Eröffnungstag am Freitag, den 24. Aug., bringt mit dem Fürstbergrennen über 200 Meter eine Prüfung von klassischer Bedeutung. Die deutsche Vollblutzucht ist vollzählig vertreten.

23. Wehringen (A. Wehring), 22. Aug. Zu dem Großfeuer, das hier fünf Anwesen einäscherte, ist noch nachzutragen, daß die Brandgeschädigten zum Teil schlecht versichert sind. Mitbetroffen sind außer vielem Mobiliar und Fahrnissen vier Schweine und drei Stück Rindvieh. Der Schaden beträgt etwa 250 000 M.

23. Gerzheim (Pfalz), 23. Aug. Das Bürgermeisteramt Gerzheim teilt mit: Von dem kürzlichen Hagelwetter sind besonders hart mitgenommen worden Tabak und Zwiebeln, Karoffeln, Kleinfleisch, Rüben, Weinbeeren usw. Von 138 in den Hagelstrich fallenden Betrieben wurden bei Anbau von 70,97 Hektar Tabak 40,31 Hektar beschädigt. Zum Teil ist die ganze sonstige Ernte verhehelt.

23. Germersheim (Pfalz), 23. Aug. Vorige Nacht gegen 11 Uhr hielt in der Nähe des Königsplatzes ein französischer Soldat ein junges Mädchen, das in Begleitung einer Freundin und eines Herrn die Straße passierte, an und schlug es. Als es entfloh, bedrohte er den jungen Mann und das Mädchen und verschwand dann. Kurz darauf jedoch erschien er wieder auf dem Platz und verfolgte eine hiesige Bürgerfrau, die sich auf einem Besorgungswege befand. Sie stürzte zu Boden und rief um Hilfe, worauf der Soldat von ihr abließ und auf die Kaserne zurückkam und nach anderer Richtung entfloh.

### Verschiedenes

#### Ein Stinnes-Geschäftsführer verhaftet

Laut „Voss. Ztg.“ ist der in der Angelegenheit des Kriegsanteilsbetriebs Verhaftete der Geschäftsführer einer Tochtergesellschaft des Stinneskongerns der Eisen- und Stahlwerke, die ihre Büroräume im gleichen Gebäude wie das Mutterhaus hat. Die Büros dieser Gesellschaft sind anscheinend schon seit einigen Tagen geschlossen. Am Sonntag erschien der Berliner Kriminalkommissar Nowow in Hamburg und legte den Haftbefehl des Untersuchungsrichters vor. Der Beschuldigte fuhr freiwillig nach Berlin mit und wurde als Untersuchungsgefangener nach Moabit gebracht.

Die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche. R. 610

Nachdem die Maul- und Klauenseuche in Weingarten erloschen ist, werden die unterm 27. Juli d. J. ergangenen Spermaßnahmen aufgehoben. Karlsruhe, den 18. August 1928. D. 3.74

#### Bad. Bezirksamt, Abt. IV

Reinhaltung der auf öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen befindlichen öffentlichen Brunnen, Teiche, Wasser- und Kinderplanschbecken. R. 609

Auf Grund des § 366 Ziffer 10 Reichsstrafgesetzbuch wird für die Landeshauptstadt Karlsruhe mit Zustimmung des Stadtrats nachfolgende, durch Erlass des Herrn Landeskommissars vom 17. August 1928 für vollziehbar erklärte

#### ortspolizeiliche Vorschrift

mit sofortiger Wirkung erlassen.

§ 1. Jegliche Art der Verunreinigung der auf öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen befindlichen öffentlichen Brunnen, Teiche, Wasser- und Kinderplanschbecken ist verboten. Insbesondere ist es verboten, Hunde oder sonstige Tiere in das Wasser solcher öffentlicher Brunnen, Teiche, Wasser- oder Planschbecken gehen zu lassen, sie dort zu tränken, zu waschen oder zu baden.

§ 2. Zuwiderhandlungen gegen obige Vorschriften werden an Geld bis zu 150 M oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft.

Karlsruhe, den 20. August 1928. D. 3.78

#### Bad. Bezirksamt, Polizeidirektion.

Das Neudarbauamt Heidelberg (Reichsbehörde) sucht zum sofortigen Eintritt hauptsächlich für die Zwecke des Grubenwerkes auf Privatdienstvertrag für vorzugsweise längere Zeit

#### zwei jüngere Vermessungstechniker

möglichst bad. Ausbildung.

Verwendungen mit Gehaltsansprüchen, selbstgeschriebenen Lebenslauf und den sonstigen üblichen Belegen umgebend an das

Neudarbauamt Heidelberg, Nr. 3.

### Erbeben in Persien

33. Teheran, 23. Aug. (Tel.) In Nishapur und Shirvan in der Provinz Chorasan hat sich gestern abend 11 Uhr ein schweres Erdbeben ereignet. In Nishapur wurden zehn Personen getötet. Einige Häuser wurden beschädigt.

### Handel und Wirtschaft

#### Berliner Devisennotierungen

	23. Aug.		22. Aug.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.03	168.37	168.09	168.43
Kopenhagen 100 Kr.	111.87	112.09	111.91	112.13
Italien . . . 100 L.	21.56	21.22	22.150	21.935
London . . . 1 Pf.	20.344	20.384	20.348	20.388
New York . . . 1 D.	4.1925	4.2005	4.194	4.202
Paris . . . 100 Fr.	16.365	16.405	16.38	16.42
Schweiz . . . 100 Fr.	80.71	80.87	80.72	80.88
Wien 100 Schilling	59.085	59.205	59.11	59.23
Prag . . . 100 Kr.	12.426	12.446	12.43	12.45

Süddeutsche Zentrifugenwerke A.-G. In Donaueschingen wurde mit einem Kapital von 450 000 Reichsmark eine neue Maschinenfabrik unter dem Namen Süddeutsche Zentrifugenwerke A.-G., Donaueschingen, gegründet. Der Aufsichtsrat der neuen Gesellschaft besteht aus Bankdirektor St. Kattell, Offenburg, Dr. B. Müller, Konstanz, Bürgermeister St. Kraut und H. A. D. Leonhardt, beide in Offenburg.

### Staatsanzeiger

#### Personeller Teil

#### Ernennungen, Veretzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Ernannt:

Zum Polizeioberleutnant: Polizeimajor Heinrich Schülz Mannheim.

Zu Oberrechnungsräten: die Rechnungsräte Karl Graab, Mannheim, Emil Friedrich und Julius Föhlinger in Karlsruhe.

Zu Polizeikommissären: Polizeioberwachmeister Hieronymus Kammerer in Freiburg und Kriminalsekretär Ernst Stuhlmüller in Karlsruhe.

Zu Technischen Obersekretären: die Technischen Sekretäre Karl Hürter, Pforzheim, und Otto Hum, Karlsruhe.

Zu Polizeioberwachmeistern: die Polizeihauptwachmeister Robert Algeier, Freiburg, Otto Stiegeler, Freiburg, Hans Kammer, Mannheim, Otto Schorpp, Konstanz, Ernst Gunt, Mannheim, Emil Voß, Freiburg, und Alois Zimmer, Karlsruhe.

Übertragen:

Dem Verwalter der Heil- und Pflegeanstalt bei Konstanz, Oberrechnungsrat Emil Schneider, die Stelle des Verwalters der Heil- und Pflegeanstalt Wiesloch, dem Verwaltungsobers- inspektor Emil Bauth an der Heil- und Pflegeanstalt Wiesloch mit der Amtsbezeichnung Oberrechnungsrat die Stelle des Verwalters der Heil- und Pflegeanstalt bei Konstanz.

#### Ministerium des Kultus und Unterrichts

Ernannt:

Hauptlehrer Friedrich Reich an der Volksschule hier zum Studienrat an der Lehrerbildungsanstalt in Karlsruhe, Hauptlehrer Mina Kehler an der Volksschule in Karlsruhe zum Studienrat an der Lehrerbildungsanstalt daselbst, der technische Assistent August Eckert bei den vereinigten klinischen Anstalten der Universität Freiburg zum Oberen Wirtschaftsbeamten (Betriebsmeister).

Versetzt in gleicher Eigenschaft:

Professor Dr. August Gühringer von der Kantoberrealschule in Karlsruhe an die Lehrerbildungsanstalt daselbst.

Auf Ansuchen in den Ruhestand versetzt:

Hauptlehrer Franz Mayer an der Volksschule in Brombach, Amt Bruch.

### Staats- und Gemeindebehörden

sind unsere Abonnenten. Wollen Sie diese auf Ihre Firma aufmerksam machen, so inserieren Sie in dem offiziellen Organ der badischen Regierung, der Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger

**Ludwig Schwesigut**  
Karlsruhe i. B.  
Erbsenstr. 4  
beim Rondellplatz  
Flügel  
Pianos 724  
Harmoniums  
Nur beste Fabrikate  
Sehr milde Preise  
Umtausch aller Klaviere

**Korbisbel Mercedes**  
Günstig ab Fabrik an Privater!  
Beynams Teilzahlung, Reichhalt. Katalog  
auf Wunsch, 30  
Rabattstiche Mercedes Lorch.  
Ihren Anzug betz  
brauchen Sie  
**Möbelwagen?**  
64  
Bad. Lagerhaus Offenburg.  
Besitzer: Willi Wagner  
fragen. Größt. bestempf. zuberf.  
Möbelspektations-Unternehmen.

Pflasterung der Landstraße 49, km 17,100 bis 17,586 in Schopfheim und Fahrnanu:  
Los I: Lieferung von Kleinpflastersteinen 560 to.  
Los II: Herstellen des Pflasterfundamentes 3100 qm.  
Los III: Sandlieferung 190 cbm.  
Los IV: Pflasterarbeiten 3100 qm Kleinpflaster, 250 qm Rinnenpflaster.  
Zeichnungen u. Bedingungen liegen auf unserem Geschäftszimmer auf, woselbst Leistungsverzeichnisse abgegeben werden. Angebote sind verschlossen mit der Aufschrift „Pflasterung Landstraße 49“ bis 3. September 1928, vorm. 11 Uhr, hierher einzureichen. Zuschlagsfrist 2 Wochen.  
Wasser- und Straßenbauamt Bruch.

**Carl Bücher**  
Müssen im Markt

### Buchhalter

Für ein mittleres Kohlengeschäft im südlichen Baden wird ein tüchtiger, erfahrener Buchhalter  
der in der Lage ist, selbständig zu arbeiten und den Inhaber vertreten zu können, gesucht.  
Es wird nur auf eine sehr energische, selbständige Persönlichkeit, die im Kohlenhandel durchaus bewandert ist und ihre Vertrauenswürdigkeit und Zuverlässigkeit durch gute Zeugnisse nachweisen kann, reflektiert.  
Angebote unter H. 842 an die Expedition der Karlsruher Zeitung.

### Bekanntmachung.

Bei der hiesigen Ortspolizei ist die Stelle eines **Polizeiwachtmeisters**

sofort zu besetzen. Gut qualifizierte Beamte des Badischen Staatspolizeidienstes, die die Polizeischule mit Erfolg besucht und über große Erfahrung im städt. Polizeidienst verfügen, werden aufgefordert, bis spätestens 27. August 1928 ihre Bewerbung hierher einzureichen. Dem Bewerbungsschreiben sind ein selbstgeschriebener Lebenslauf, Zeugnisabschriften, Militärpapiere und ärztliches Zeugnis beizufügen. Besonderer Wert wird auch darauf gelegt, daß die Bewerber über eine gute Handschrift verfügen und die Raschenschrift beherrschen. S. 837

Die Befolgung richtet sich nach Gruppe IV der städt. Befolungsordnung.

Erbach, den 18. August 1928.

Der Bürgermeister:  
Dr. Franke.